

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland-Union-Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 39967
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739; Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 81 / 4. Jahrgang

Frankfurt a. M., 18. Oktober 1950

Seite 1

1. Sondernummer Parteitag 1950 Goslar

C a Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU

Goslar

Von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer

Der erste Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands ist ein wichtiger Abschnitt in der Geschichte unserer Partei. Goslar ist Abschluß und Beginn zugleich — Abschluß einer Periode des organisatorischen Wachstums und Beginn einer umfassenden gemeinsamen Arbeit nach föderalistischen Gesetzen im gesamtdeutschen Raum.

Vielen von uns erschien das organische Wachstum unserer Partei als zu langsam. Zahlreiche Ansätze zur Bildung einer einheitlichen Partei auf der Bundesebene wurden unternommen. Sie mußten scheitern, weil sich bei dem ganzen Charakter der Christlich-Demokratischen Union einfach nichts erzwingen läßt, denn die organisatorische Form ist zwar ein wichtiges und wünschenswertes Hilfsmittel, aber sie ist nicht Zweck einer Partei an sich.

Mit mir werden alle Freunde der Union den heutigen Tag als den Beginn einer strafferen organisatorischen Arbeit begrüßen. Wir werden damit sicherlich äußerlich an Gewicht gewinnen. Das ist notwendig und gut, denn wir werden in den entscheidenden Monaten, die vor uns liegen, alle Kraft notwendig haben, um die uns gestellten Aufgaben zu meistern.

So sehr wir uns freuen wollen über die nun erreichte organisatorische Form, so sehr aber wollen wir uns auch bewußt sein, wie wenig selbst die beste Organisation bedeuten würde, wenn wir ihr nicht den unseren Grundsätzen gemäßen Inhalt geben können. Auch hier gilt der Satz, daß der Geist die Form gestalten muß. Deshalb war es mein Wunsch, den Parteitag in Goslar als erste Gelegenheit zu benutzen, uns auf unsere Grundsätze zu besinnen. Vielfach ist in der vergangenen Jahren, unter dem Druck der Tagespolitik, vergessen worden, was vor fünf Jahren die christlichen Demokraten Deutschlands einte. Nicht immer haben die Vertreter der Partei an unsere Grundsätze und Ideale gedacht, wenn sie politische Entscheidungen zu treffen hatten. Diese Gewissensforschung wollen wir an die Spitze des Parteitages und seiner Arbeiten stellen, und wir wollen uns dann besinnen auf die Quellen unserer Kraft, die einzig und allein im Christentum liegen.

Mit Recht steht daher an der Spitze der Delegiertentagung ein Vortrag, der dem geschichtlichen Auftrag der Christlich-Demokratischen Union gewidmet ist und der aus umfassender Schau Idee und Grundsätze unserer Partei uns ins Gedächtnis zurückrufen soll. Alle anderen Ausführungen werden und müssen sich gründen auf diese Selbstbesinnung. Sie müssen die großen politischen Aufgabengebiete auf die Grundsätze der Union zurückführen.

Der Parteitag würde seinen Zweck verfehlen, wenn er in Aeußerlichkeiten und materiellen Diskussionen stecken bliebe. Er kann nur dann fruchtbar hineinwirken in die heute entstehende gesamtdeutsche Organisation, wenn alle Teilnehmer sich wieder von dem Geist erfüllen lassen, der aus den furchtbaren Erlebnissen der Diktatur und des Krieges heraus christliche Demokraten aller Konfessionen und Stände unseres Vaterlandes aus den Trümmern des geistigen und seelischen Zusammenbruches zu unserer Union des guten Willens führte.

Nur wenn wir so uns auf die Quellen unserer Kraft besinnen, werden wir als eine große und mächtige Partei fähig sein, die Aufgaben zu erfüllen, die uns als Deutschen und Europäern in der Welt gestellt sind. Dieses Deutschland, dieses Europa, diese Welt — sie werden nur Bestand haben, wenn sie in christlicher Freiheit und Ordnung gebaut werden. Möge der Parteitag von Goslar für unsere Christlich-Demokratische Union die Grundlage dazu schaffen!

A II f Pol. Persönlichkeiten

Bundesinnenminister Dr. Robert Lehr

In erfreulich kurzer Zeit ist die Frage der Nachfolge des Bundesinnenministers Dr. Gustav Heinemann geklärt worden. Nachdem der bekannte CDU-Politiker Dr. Friedrich-Wilhelm Holzappel eine Berufung abgelehnt hatte, ernannte der Bundespräsident bereits am 11. Oktober Dr. Dr. h. c. Robert Lehr, Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, zum Bundesinnenminister. Dr. Lehr kann auf eine arbeits- und erfolgreiche Laufbahn im öffentlichen Leben zurückblicken.

Er wurde am 20. August 1883 in Celle geboren. Sein Studium der Rechtswissenschaft absolvierte er an den Universitäten Marburg, Berlin und Bonn, wo er 1912 auch als Gerichtsassessor tätig war. Anfang 1913 kam er als juristischer Hilfsarbeiter nach Düsseldorf. 1915 wurde Dr. Lehr als Beigeordneter in die Verwaltung berufen und bereits 1924 zum Oberbürgermeister von Düsseldorf gewählt. Er war damals auch Vorstandsmitglied des Deutschen, Preussischen und Rheinischen Städtetages, Mitglied der Kaiser-Wilhelm-Akademie zur Förderung der Wissenschaften und Mitglied der DNVP. 1933 wurde Dr. Lehr aus politischen Gründen verhaftet und seines Amtes enthoben. Während des Naziregimes war er aktiv in der Widerstandsbewegung tätig und hat u. a. mit Dr. Gördeleer zusammengearbeitet.

Nachdem Dr. Lehr 1945 zunächst von der amerikanischen Militärregierung als Bürgermeister in verschiedenen westfälischen Gemeinden eingesetzt worden war, kam er in das Oberpräsidium der Nordrheinprovinz und übernahm die innere Verwaltung. Nachdem er kurze Zeit kommissarischer Oberpräsident der Nordrheinprovinz gewesen war, wurde er endgültig mit dieser Aufgabe betraut. Auch war er anfangs Vorsitzender, später stellvertretender Vorsitzender des Zonenbeirates in der britischen Zone und Vorsitzender dessen Rechts- und Verfassungsausschusses. Als Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen war er Vorsitzender von dessen Hauptausschuß und Mitglied des Wirtschaftsausschusses. Die CDU in Nordrhein-Westfalen, deren stellvertretender Vorsitzender Dr. Lehr ist, darf ihn zu ihren Mitbegründern zählen. Der neue Bundesinnenminister war auch Mitglied des Parlamentarischen Rates und Vorsitzender des Ausschusses für Organisation des Bundes. Neben seinem Amt als Custodian der Rheinisch-Westfälischen Bank in Nordrhein-Westfalen ist er ferner Mitglied des Aufsichtsrates der Vereinigten Stahlwerke Düsseldorf. Er hat daneben noch den Vorsitz der Schutzgemeinschaft „Deutscher Wald“ inne.

A H 1 a CDU/CSU**Bundestagsfraktion und Parteitag**Von Dr. Heinrich von Brentano **Vorsitzendem der Bundestagsfraktion der CDU/CSU**

Der erste Bundesparteitag der CDU Deutschlands könnte und müßte eine für die Bundestagsfraktion der CDU/CSU besonders wichtige Entwicklung einleiten. Seit über einem Jahre arbeitet die Fraktion als die Vertretung der christlich-demokratischen Wählerschaft Deutschlands an der Beseitigung der Trümmer eines katastrophalen Zusammenbruchs und der Errichtung einer neuen Staats-, Sozial- und Wirtschaftsordnung. Die Fraktion hat es immer als einen schmerzlichen Mangel empfunden, daß hinter ihr nicht das Gewicht einer großen und funktionsfähigen Parteiorganisation steht. Zwar haben die einzelnen Abgeordneten stets enge Verbindung zu den Wählern in ihren Wahlkreisen gehalten, aber das ersetzt bei weitem nicht die Möglichkeit, in entscheidenden politischen Fragen Rückendeckung und Unterstützung bei einer parteipolitischen Vertretung der Gesamtwählerschaft zu finden. Auf der anderen Seite kann auch die Fraktion infolge des Fehlens einer Parteipresse nicht so schnell und durchgreifend ihre Wähler unterrichten, wie es mit Hilfe eines gut funktionierenden Parteiapparates manchen anderen Fraktionen möglich ist.

Die Bundestagsfraktion kann mit berechtigtem Stolz vor den ersten gesamtdeutschen Parteitag der CDU hintreten. Sie hat, soweit es in ihren Kräften stand, an der Meisterung der großen politischen Aufgaben unseres Volkes maßgebend mitgearbeitet, ja, sie ist zumeist führend vorangegangen. Ich erinnere nur an die entscheidende Frage der sozialen Neuordnung, zu der unsere Fraktion durch Initiative und fördernde Mitarbeit richtungweisende Beiträge geliefert hat, an die Schaffung des Wohnungsbaugesetzes, des Entwurfes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betriebe, an den Entwurf zum Lastenausgleichsgesetz, die Lösung der

durch den Artikel 131 des Grundgesetzes aufgeworfenen Fragen usw.

Gleiche Aufmerksamkeit wie den innenpolitischen Aufgaben widmete die Fraktion den außenpolitischen Problemen. Vom ersten Tage ihres Bestehens an suchten und fanden wir Verbindung zu den christlich-demokratischen Parlamentariern, die in den übrigen europäischen Ländern in die Verantwortung berufen wurden. Manche außenpolitische Entwicklung konnte durch diese Verbindung im Sinne freundschaftlicher Verständigung und der Wiedereingliederung der Bundesrepublik in die Völkerfamilie beeinflußt werden. Die Bundestagsfraktion hat sich dabei für eine klare realpolitische Linie entschieden, frei von allen Ressentiments und schädigender Ungeduld. Diese Politik des Zweckmäßigen führte nach Straßburg als der ersten Etappe auf dem Wege zu deutscher Gleichberechtigung. Die Tagung des Europarates wird als einer der wichtigsten politischen Erfolge gerade der Bundestagsfraktion der CDU/CSU in die Geschichte der europäischen Einigung eingehen.

Wenn aber auch die Fraktion auf ein Jahr erfolgreicher Arbeit mit berechtigter Befriedigung zurückblicken kann, so ist sie sich doch bewußt, daß sie bei den kommenden schweren Entscheidungen eines noch stärkeren Rückhalts in der Wählerschaft bedarf. Diese Stütze zu schaffen wird Aufgabe des ersten Parteitages der CDU Deutschlands sein. Nur wenn es gelingt, den idealen politischen Grundsätzen der Partei den tragenden organisatorischen Unterbau zu geben, können auch die parlamentarischen Vertretungen der christlich-demokratischen Wählerschaft, allen voran die Bundestagsfraktion, ihre Aufgabe erfüllen: ein neues Deutschland auf der Grundlage eines lebendigen Christentums und im Sinne einer aufgeschlossenen fortschrittlichen Demokratie zu gestalten.

A H e 2 Bundeskanzler**Wichtige Feststellungen zur „Remilitarisierung“**

Nicht nur in gewissen „Offenen Briefen“ war in der letzten Zeit behauptet worden, der Bundeskanzler habe mit den Westmächten Abmachungen über eine deutsche Remilitarisierung getroffen. Man wandte sich auch bei anderen Gelegenheiten in Wort und Schrift gegen diese angebliche Kompetenzüberschreitung, man polemisierte, glaubte die Zuständigkeit der Volksvertretung verteidigen zu müssen oder rief gar nach Neuwahlen. Es hat sich inzwischen ergeben, daß wieder einmal teils übereifrige Zeitgenossen im guten Glauben, teils politische Klatschbasen in rührender Naivität und teils auch böswillige Elemente an Werke waren, um eine in ihrem augenblicklichen Stand eigentlich klare Angelegenheit durch den Dunst ihrer Geschwätzigkeit zu vernebeln.

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat am 11. Oktober in dankenswerter Klarheit diesen künstlichen Nebelschleier zerrissen. Er hat dem Volke, das ein Recht auf Wahrheit und Klarheit hat, in unkomplizierten Worten gesagt, wie es um die Frage der sogenannten Remilitarisierung steht. Wörtlich erklärte Dr. Adenauer:

„Gegenüber allen hier und dort ausgesprochenen Behauptungen, daß irgendwelche Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich Aufstellung deutscher Divisionen und dergleichen vorlägen, erkläre ich ausdrücklich: Solche Verpflichtungen liegen nicht vor. Es ist den Westalliierten mitgeteilt worden, daß über diese Frage nur der Bundestag entscheiden könne, und daß der Bundestag eine solche Entscheidung nur treffen könne, wenn der Bundesrepublik Deutschland genaue und offizielle Fragen seitens der Westalliierten gestellt würden.“

Dr. Adenauer sprach am 11. Oktober als der verantwortliche Politiker der Bundesrepublik. Er sprach also mit jener Autorität, die ihm kraft der Bestimmungen des Grundgesetzes zukommt. Trotzdem wird man nicht übersehen dürfen, daß nur drei Tage früher zur gleichen Stunde auch der amerikanische Hochkommissar McCloy über den Rundfunk zur Frage der sogenannten Remilitarisierung Deutschlands ein unmißverständliches Wort gesprochen hat. Er stellte mit der gleichen Klarheit, welche die Ausführun-

gen Dr. Adenauers auszeichnete, fest, die westlichen Alliierten seien sich

„der Tatsache durchaus bewußt, daß ein deutscher Beitrag (zur Verteidigung Europas) nur dann möglich und nur dann wünschenswert ist, wenn das Volk, die Volksvertretung und die Regierung der Bundesrepublik ihn wünschen und aktiv unterstützen.“

Es liegt also die verbindliche Erklärung des Bundeskanzlers vor, daß ein deutscher Beitrag zur Verteidigung Europas nur auf Grund einer Entscheidung des Bundestages geleistet werden könnte. Und der zuständige Vertreter jener Besatzungsmacht, die dem Vernehmen nach die Einbeziehung Deutschlands in das europäische Verteidigungssystem am entschiedensten bejaht, hat einen allfälligen deutschen Beitrag ausdrücklich vom Wunsche und von der aktiven Unterstützung des deutschen Volkes, seiner Volksvertretung und seiner Regierung abhängig gemacht.

Diese eindeutigen Erklärungen müßten geeignet sein, die Besorgnisse überängstlicher Gemüter und politisch naiver Kreise restlos zu zerstreuen. Gewisse böswillige Elemente aber werden jedenfalls bedauern, daß ihrer Vernebelungstaktik in Fragen der sogenannten Remilitarisierung durch die übereinstimmenden unmißverständlichen Erklärungen Dr. Konrad Adenauers und J. McCloys ein nicht leicht zu überwindender Damm gesetzt wurde.

A V a Bayern**Unwahre Vorwürfe der SPD**

In der letzten Haushaltsausschußsitzung des bayerischen Landtages wies Kultusminister Dr. Hundhammer anlässlich der Beratungen des Kultusetats in schärfster Form alle Vorwürfe der SPD, er betreibe bei Besetzung der bayerischen Lehrstühle eine einseitige konfessionelle Politik, zurück. Dr. Hundhammer führte aus, daß zur Zeit 99 katholische und 112 evangelische Professoren tätig seien. Er habe seit dem 1. Januar 1947 neu 46 katholische, 36 evangelische und sieben Professoren aus anderen Bekenntnissen oder ohne Konfession an die bayerischen Universitäten berufen.

VI Sowj. bes. Zone

Vor Religionskämpfen in der Sowjetzone

Nach dem durch Terror und Wahlpraktiken im voraus garantierten „Wahlsieg“ der SED werden Köpfe rollen. Auch viele prononcierte SED-Exponenten werden sich glücklich schätzen, wenn dieses Rollen von Köpfen nur im Rahmen bildhafter Anwendung bleibt. Denn nach dem 15. Oktober — darüber besteht in den politischen Kreisen inner- und außerhalb der SED kein Zweifel — wird sich das SED-Regime rasch in eine „Volksdemokratie“ richtiger Prägung wandeln. Dann werden manche Politiker, die aus optischen Gründen vorläufig noch toleriert wurden, in der Versenkung verschwinden, und selbst ein Otto Grotewohl wird dem Schicksal dankbar sein, wenn ihm das Los des Tschechen Fierlinger beschieden ist und er nicht den Weg gehen muß, den etwa der Pole Gomulka oder gar der Magyare Rajk geschritten sind.

Nach dem 15. Oktober ist für die Machthaber der Sowjetzone aber auch jeder Grund entfallen, ihrer religions- und kirchenfeindlichen Einstellung noch irgendwelche Zügel anzulegen. Man hat sich bisher — um die christlichen Wähler nicht vollkommen vor den Kopf zu stoßen — im Kirchenkampf noch immer gewisse Reserven auferlegt. Das wird künftig anders werden. Man wird mit größter Beschleunigung an die Arbeit gehen, denn der SED-Innenminister der Sowjetzone, Dr. Karl Steinhoff, hegt die Ueberzeugung, es werde in seiner Zone in einem halben Jahre „keine Kirchenfragen mehr geben“. Man will nach dem 15. Oktober auf die „reaktionären“ Kirchenleitungen keine Rücksicht mehr neh-

men und mit Hilfe einer kleinen Gruppe gefügiger Geistlicher „bestimmte Forderungen“ verwirklichen.

Der Ausbruch eines offiziellen Kampfes gegen Religion und Kirchen würde allerdings auch das Ende der sogenannten Sowjetzonen-CDU Oto Nuschkes bedeuten. Schon jetzt haben sich die wirklich christlich und demokratisch gesinnten Mitglieder — sofern sie nicht gewaltsam ausgebootet wurden — von der Partei zurückgezogen. Die Teilnahme der Nuschke, Dertinger usw. — soweit sie überhaupt noch geduldet werden — an einem offiziellen Kampf gegen Religion und Kirchen würde die Existenz einer „christlichen“ Partei in der Sowjetzone so augenfällig ad absurdum führen, daß für eine noch so gedrosselte Arbeit derselben kein Raum mehr bliebe.

In den letzten Tagen ist die kommunistische FDJ in der Sowjetzone bereits zu brutalen Aktionen gegen die christlichen Bekenntnisse übergegangen. Sie belästigte Pfarrhäuser, maßte sich „Kontrollrechte“ an oder zertrümmerte — wie im Falle des katholischen Pfarr- und Gemeindehauses in Reichenbach (Vogtland) — die Fensterscheiben.

Die bolschewistischen Machthaber der Sowjetzone sollten allerdings aus der Geschichte gelernt haben, daß bisher noch jedes Gewaltregime den Kampf gegen Religion und Kirche schließlich verloren hat. Den gläubigen Christen in der Sowjetzone mögen schwere Zeiten bevorstehen, am Ende ist ihnen jedoch der Sieg gewiß.

A V d Hessen

Hessische Sozialisierung unter kommunistischem Vorzeichen?

Die Wahl des hessischen Landtages am 1. Dezember 1946 stand weitgehend im Zeichen der Sozialisierungsfrage, denn bekanntlich mußte parallel mit der Wahl auch über die Verfassung des Landes Hessen und im besonderen über deren Artikel 41 (Sozialisierung) abgestimmt werden. Die Frage der Sozialisierung hat während der seither verflochtenen vier Jahre das hessische Kabinett sowie den Landtag und seine Ausschüsse fortgesetzt beschäftigt. Man ist in mancher Hinsicht zu abgeklärteren Auffassungen gelangt und sogar die SPD hat in ihren einst überschäumenden Sozialisierungswein manchen Tropfen Wasser getan.

Nummehr geht es um die Frage, ob der hessische Landtag in seinem letzten Stadium noch das Gesetz über die sogenannten Sozialgemeinschaften verabschieden soll oder nicht. Die SPD möchte mit diesem Gesetz vor ihre Wähler treten, die FDP lehnt die Sozialisierung überhaupt ab. Die CDU ist im Sinne ihrer Mitarbeit an der Verfassung von 1946 im Grundsatz mit einer Sozialisierung einverstanden, wünscht jedoch vor Verabschiedung des Gesetzes über die Sozialgemeinschaften erst das Urteil des Staatsgerichtshofes über die Rechtsgültigkeit des Sozialisierungsartikels sowie das Entschädigungsgesetz abzuwarten

Im Falle einer Kampfabstimmung im hessischen Landtag ist daher damit zu rechnen, daß CDU (28 Mandate) und FDP (14 Mandate) gegen die Vorlage stimmen. Die SPD (38 Mandate) ist allein zu schwach, um der Vorlage zur Annahme zu verhelfen. Dies kann nur dann geschehen, wenn sich die KPD (10 Mandate) an die Seite der SPD stellt. Es liegt also gegenwärtig an der SPD, ob sie sich mit einer Verschiebung der Entscheidung über die Vorlage einverstanden erklärt oder ob sie diese auf jeden Fall vor der Neuwahl des Landtages „durchbringen“ will — selbst um den Preis, auf die Hilfe der Kommunisten angewiesen zu sein. Auch in SPD-Kreisen wird das Bedenken geäußert, man könne nicht einer Partei wegen ihrer antidemokratischen und freiheitsfeindlichen Gesinnung den schärfsten Kampf ansagen und gleichzeitig bei der ersten sich bietenden Gelegenheit im Vertrauen auf die Schützenhilfe der gleichen Partei eine Justamentpolitik betreiben. Man ist sich in diesen SPD-Kreisen auch vollkommen darüber klar, daß ein Zusammengehen von SPD und KPD in der Schlußphase des hessischen Landtages auf weite Kreise der sozialdemokratischen Wählerschaft den denkbar ungünstigsten Eindruck machen würde.

C c Ausschüsse

Tagung der Landesflüchtlingsschüsse

Auf der Tagung der Delegierten der Landesflüchtlingsschüsse der CDU/CSU des Bundesgebietes und Berlins, über die bereits kurz berichtet wurde, wurden einmütig folgende Entschlüsse gefaßt: 1. Die in der CDU/CSU zusammengefaßten Heimatvertriebenen bekennen sich nach wie vor zu der Notwendigkeit einer starken christlichen Weltanschauungspartei, in der einheimische und vertriebene Deutsche Schulter an Schulter für die Wederherstellung des christlichen Abendlandes kämpfen. 2. Sie bejahen den Grundgedanken einer parteipolitisch neutralen Zusammenfassung und Vertretung der Heimatvertriebenen in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht. 3. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Landesflüchtlingsschüsse der CDU/CSU, Dr. Kather, MdB, besitzt das uneingeschränkte Vertrauen der Arbeitsgemeinschaft. Er wird beauftragt, auch weiterhin Sprecher der Heimatvertriebenen zu sein, die sich zu ihrer politischen Vertretung durch die CDU/CSU bekennen. 4. Die Delegierten sprechen denjenigen Politikern der CDU/CSU, die sich für die Wahrung der berechtigten Belange der Heimatvertriebenen einsetzen, aufrichtigen Dank und volle Anerkennung aus. 5. Dank und Anerkennung für

diejenigen, die ihre Pflicht erfüllen, schließen nicht schonungslose Kritik an denjenigen aus, deren verständnislose Haltung gegenüber den berechtigten Forderungen der Heimatvertriebenen eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen einheimischen und vertriebenen Deutschen gefährden.

Die Arbeitsgemeinschaft der Landesflüchtlingsschüsse der CDU/CSU erwartet von den Bundesorganen, daß bei der Beratung des Gesetzentwurfes zu Artikel 131 entsprechend dem einstigen Beschluß vom 2. 12. 1949 des Bundestages und in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz die Gleichstellung aller Betroffenen mit den übrigen Beamten sichergestellt wird. Sie fordert ferner unverzügliche Beratung und Verabschiedung des Schadensfeststellungsgesetzes und seine beschleunigte Durchführung. In der Frage des Lastenausgleichs schließen sich die Landesflüchtlingsschüsse den vom Z. v. D. und dem Vertriebenenministerium erarbeiteten Grundsätzen und Forderungen an. Es wird erneut verlangt, daß die längst fällige Aufwertung der Ostkonten und Sparkonten bevorzugt durchgeführt wird. Die Landesflüchtlingsschüsse sprechen die Erwartung aus, daß alle Parteien sich hinter diese Forderungen stellen.

A IV 3 b Allg. Wirtschaftspolitik**Um den „Bundswirtschaftsrat“**

Die wirtschaftspolitischen Probleme haben seit langem alle interessierten Kreise in der Forderung nach einem Beirat vereint, der die Regierung in gewichtigen Fragen auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik unterstützen soll. Diese Forderung kann von jedermann nur bejaht werden. Es gibt kaum ein umfangreicheres Aufgabengebiet als das des Wirtschaftsministeriums. Je größer seine mittelbaren und unmittelbare Mitarbeiterschaft ist, desto erfolgreicher werden seine Dispositionen verlaufen. Selbstverständlich darf dieser Beirat nicht, mit gesetzlichen Vollmachten versehen, zu einem zweiten Parlament werden, das die bereits geschaffenen Institutionen gewissermaßen überflüssig macht. Nichts wäre gefährlicher für die junge parlamentarische Staatsverwaltung als die Schaffung eines „Bundswirtschaftsrates“ nach den Ideen des Gewerkschaftsbundes. Wirtschaftspolitik kann nur erfolgreich betrieben werden, wenn sie nach den gesetzlichen Bestimmungen geführt wird, d. h. wenn Regierung und Parlament die Verantwortung tragen. Ein neues Gremium würde diese „Arbeitsteilung“ stören und die gesamte Staatsverfassung gefährden. Die gewerkschaftlichen Forderungen, die auch auf dem Umwege über das Mitbestimmungsrecht zum Tragen gebracht werden sollten, lassen die Vermutung zu, daß es weniger um die Beteiligung an der wirtschaftspolitischen Planungsarbeit geht, als vielmehr um einen letzten Versuch, durch die Bildung eines weisungsbefähigten Bundeswirtschaftsrates doch noch zu einem planwirtschaftlichen Kurs zu gelangen, der mit den Grundsätzen der freien sozialen Marktwirtschaft nicht zu vereinbaren ist.

Es wäre nur zu begrüßen, wenn sich die Interessenten auf freiwilliger Basis entschließen könnten, Fachausschüsse zu bilden, die den Ministerien und Bundestagsausschüssen beratend zur Seite stehen und die Wünsche der Wirtschaft zum Vortrag bringen. Diese Sachverständigengremien könnten ohne besondere Schwierigkeiten aus den Industrie- und Handelskammern sowie den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden gebildet werden. Diese Regelung käme einem Idealzustand gleich — vielleicht wird er eines Tages realisiert. Im Gegensatz dazu steht immer wieder die Forderung der Gewerkschaften nach der „kollektiven Wirtschaftslenkung“ durch ein Zwischengremium, das weder legislative noch staatliche Funktionen ausüben kann, sondern durch Sonderbescheid zur Lenkung der Wirtschaftspolitik beauftragt ist. Aus naheliegenden Gründen kann dieser Vorschlag jedoch nicht in den Kreis der Diskussionen einbezogen werden, da seine Perspektiven jedes Maß vermissen lassen.

A IV 8 b Berlin**Demokratische Volksbefragung in Ostberlin**

Es ist bedauerlich, daß nur die Ostberliner und nicht alle 18 Millionen Einwohner im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands Gelegenheit hatten, ihre Meinung bei der Volksbefragung durch die drei demokratischen Parteien Westberlins kundzutun. Das Ergebnis würde ähnlich wie in Ostberlin ausgefallen sein, wo mehr als 375 000 Wähler — das ist die überwiegende Mehrheit — ihre Stimme für „freie, geheime, also wirklich demokratische Wahlen in ganz Berlin, für die Beseitigung der kommunistischen Terrorherrschaft im Ostsektor sowie für eine freie und geeinte Stadt“ abgegeben haben. Wenn die getreuen Vasallen der Moskauer Machthaber glauben, durch ein Paar Strümpfe gegen den als Wahrschein fungierenden Stammabschnitt der September-Lebensmittelkarte die noch nie vorhanden gewesene Sympathie der Ostberliner zu erschleichen, so mußten sie auf Grund der Tatsachen eine eindeutige Abfuhr hinnehmen. Denn die Erfahrungen aus fünf Jahren Sowjetherrschaft werden durch ein Paar Strümpfe bestimmt nicht ausgegilt.

A V n Landtagswahlen**Württemberg-Baden wählt am 19. November**

Nachdem der Antrag der nordbadischen CDU auf Verschiebung der Landtagswahlen auf unbestimmte Zeit wegen möglicher politischer Umgestaltungen im Südwestraum abgelehnt worden ist, hat sich die CDU entschlossen, sich an den für den 19. November festgesetzten Wahlen für den württemberg-badischen Landtag zu beteiligen. Bereits in dieser Woche sollen in Stadt und Land die Kandidaten aufgestellt werden.

Im Gegensatz zu anderen Ländern der Bundesrepublik wird Württemberg-Baden wie bisher nach dem Verhältniswahlrecht wählen.

A II e 4 Bundestag**Abgeordneter Dr. Ehlers als Bundestagspräsident vorgeschlagen**

Die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages beschloß, den Bundestagsabgeordneten Oberkirchenrat D. Hermann Ehlers als Bundestagspräsident vorzuschlagen. In einer Stichwahl innerhalb der Fraktion konnte D. Ehlers die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen.

A II d Bundestagswahlen**Bundestagsnachwahlen auch in Arnsberg-Soest**

Nachdem die erste Nachwahl für den Bundestag im Wahlkreis Kulmbach (Bayern) abgehalten werden mußte, ist nun der Wahlkreis Arnsberg-Soest in Nordrhein-Westfalen gezwungen, Nachwahlen zum Bundestag für den 19. November anzuberaumen. Der bisherige Abgeordnete des Kreises, Ernährungsminister für Nordrhein-Westfalen Heinrich Lübke (CDU), mußte sein Bundestagsmandat niederlegen, weil die neue Landesverfassung vorschreibt, daß kein Minister des Landes gleichzeitig Bundestagsabgeordneter sein kann. Minister Lübke konnte bei den letzten Wahlen nahezu 46 000 Stimmen auf sich vereinigen, während die SPD als nächststärkste Partei mit nicht ganz 27 000 Stimmen folgte. — Der neue Vorsitzende des Ernährungsausschusses im Bundestag ist der CDU-Abg. Dr. Karl Müller, der damit die Stelle Minister Lübkes einnimmt.

A V g Rheinland-Pfalz**Neues Wahlgesetz in Rheinland-Pfalz**

Vorige Woche nahm der Landtag von Rheinland-Pfalz nach langer Diskussion das neue Landtagswahlgesetz gegen die Stimmen der Kommunisten an. Im Gesetz ist die Einteilung des Landes in sieben Wahlkreise vorgesehen. Die Abgeordneten sollen nach dem Verhältniswahlrecht ermittelt werden. In den Landtag gewählte Beamte treten in den Wartestand und erhalten für ihre Zeit als Abgeordnete das gesetzliche Wartegeld.

C b Landesparteien**Kleiner Parteitag der CDU in Südbaden**

Unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden Anton Dichtel trat in Freiburg der Landesauschuß der südbadischen CDU, der sich aus dem erweiterten Landesvorstand und den stimmberechtigten Landesdelegierten zusammensetzt, zu einem „Kleinen Parteitag“ zusammen. Grundlage der Diskussion waren die Ergebnisse der Volksbefragung über eine politische Lösung zur Umgestaltung des Südwestraumes und die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen.

C b Landesparteien**Berliner CDU gegen Sowjetzonenterror**

Der Landesparteitag der legalen Berliner CDU protestierte gegen die Terrorjustiz in der Sowjetzone. Der Parteitag erhob Einspruch gegen die langjährigen Freiheitsstrafen, die in diesen Tagen gegen zahllose Unschuldige, wie etwa die „Zeugen Jehovas“, verhängt wurden. U. a. heißt es wörtlich: „Mit diesen Exzessen der Tyrannei hat die sowjetzonale kommunistische Clique das Recht verwirkt, sich deutsch oder demokratisch zu nennen.“

VI Sowj. bes. Zone**Ein „linientreuer“ Pfarrer**

Die von den Machthabern der Sowjetzone angekündigte „Lösung der Kirchenfragen“ hat bereits begonnen. Der aus seinem Amt in Chemnitz bei Löbau (Sachsen) ausgeschiedene Pfarrer Helmuth Mehnert ist als Führer der „Gegenkirche“ in der Sowjetzone eingesetzt worden. Dieser sehr „vielseitige“ Mann war 1930 bis 1932 Mitglied des Völkischen Ringes, trat im selben Jahr der NSDAP bei, schloß sich am 1. Mai 1933 der Reichsgruppe der „Deutschen Christen“ an und war noch vor Uebernahme seines Pfarramtes Mitglied des NS-Pfarrerbundes. Seit 1945 agierte Mehnert als Antifaschist und brachte es jetzt zu dem von der SED bezahlten Wortführer gegen seine eigene evangelische Kirche.

C b Landesparteien**Wer baut Europa?**

Auf der letzten Landesausschußsitzung der Union der Ausgewiesenen in München wurde die Parole der UdA für die kommende Landtagswahl ausgegeben. Landesobmann Hans Schütze MdB, Mitglied des Straßburger Europarates, sprach über die Aufbauarbeit in Europa. Wörtlich führte er u. a. aus: „Seit einem Jahr wird bei uns von allen Politikern unablässig von Europa geredet. Wer aber baut dieses Europa in Wirklichkeit? Ein de Gasperi in Italien, ein Schuman in Frankreich, ein Adenauer in Deutschland, nicht aber die Sozialdemokraten in England oder ihre Parteifreunde in den skandinavischen Ländern! Um die christliche Front in Deutschland zu halten und zu stärken, um damit die christliche Front in Europa zu untermauern und um dadurch schließlich die Bildung des neuen christlichen Europa zu ermöglichen, um dieser Ziele willen und mit dieser Parole tritt die Union der Ausgewiesenen in den kommenden Wahlkampf.“

A III 1 d SPD**Opposition und Mitarbeit**

Man hat in Bonn von der Opposition schon mehr als einmal den Vorwurf gehört, daß sie viel zu wenig zur Mitarbeit herangezogen werde. Allerdings scheint die SPD dieser Auffassung nicht immer zu huldigen, denn die ihr angehörenden Mitglieder des Lastenausgleichsausschusses lehnten es bei dessen letzter Sitzung rundweg ab, sich an Vorbereitungen über den Lastenausgleich zu beteiligen, solange der Entwurf nicht dem Bundestag zugeleitet worden sei. Sie hoben hervor, daß sie nach diesem Zeitpunkt gerne bereit seien, „loyal und intensiv“ mitzuarbeiten, während der Vorschlag der Mitglieder der Regierungsparteien dahin ging, schon jetzt an Hand der vorliegenden Unterlagen gemeinsam mit dem zuständigen Bundesratsausschuß Besprechungen aufzunehmen. Man wird es niemandem verübeln können, der aus all dem auf eine gewisse Scheu der SPD vor der Verantwortung gegenüber den sicherlich nicht einfachen Problemen des Lastenausgleichs schließt. Anscheinend vermeint die SPD, einem allein von den Regierungsparteien eingebrachten Entwurf leichter opponieren zu können, da sie ja dann bezüglich Mitarbeit ihre Hände in Unschuld waschen kann.

C b Landesparteien**Telegramm an Dr. Adenauer**

Der erweiterte Landesvorstand der CDU Nordwürttemberg sandte an Bundeskanzler Dr. Adenauer ein Telegramm mit nachstehendem Wortlaut: „Der erweiterte Landesvorstand der CDU Nordwürttemberg wünscht dem Bundesvorsitzenden und der Regierung vollen Erfolg in den Bemühungen der Revision des Besatzungsstatuts, bittet aber die Regierung: 1. nachdrücklicher als bisher die Wirtschaftspolitik der Regierung in den verschiedenen Ressorts zu koordinieren, 2. die Preiswucherbestimmungen gesetzlich schärfer zu fassen und für eine rasche und durchgreifende Bestrafung von Preisverstößen Sorge zu tragen.“

A III 1 BHE**Neue Fraktion im Bundestag**

In Bonn haben sich drei Abgeordnete der WAV und der bis jetzt bei dieser Partei hospitierte Abgeordnete der Notgemeinschaft zu einer Vertriebenenengruppe zusammengeschlossen. Es handelt sich hierbei um die Abgeordneten Hans-Gert Fröhlich, Hans Tichi und Stephan Weickert. Der Hospitant ist Dr. Franz Ott. Alle vier Abgeordnete sind Heimatvertriebene. Die neue Gruppe nennt sich „Deutsche Gemeinschaft — Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ und hat sich zu einer Fraktionsgemeinschaft mit der Zentrumsparterie zusammengeschlossen.

A IV 8 b Berlin**CDU für Zigarettensteuersenkung**

In ihrer letzten Sitzung forderte die CDU-Fraktion Westberlins darüber Aufklärung, was der Magistrat bisher zur Senkung der Zigarettensteuer getan habe, um dadurch die Produktion einer qualitativ guten 6-Pennig-Zigarette zu ermöglichen. Die hohe Steuer sei der beste Nährboden für den Schwarzhandel und schädige den legalen Handel auch dahingehend, daß die Finanzen der Stadt in Mitleidenschaft gezogen würden.

A V b Bremen**Neues Bremer Wahlgesetz in Vorbereitung**

Der Bremer Senat nahm einstimmig einen Antrag der CDU an, in dem der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß beauftragt wird, der Bürgerschaft umgehend Entwürfe für ein neues Wahlgesetz zu unterbreiten. Zu einer längeren Diskussion gab ein CDU-Antrag Anlaß, der den Senat ersuchte, nur einem solchen Gesetz zum Art. 131 seine Zustimmung zu geben, das die Gleichstellung der vertriebenen Beamten mit den Eingessenen garantiert.

A V f Nordrhein-Westfalen**Für intensiven Wohnungsbau der Besatzungsmächte**

In Nordrhein-Westfalen hat die Landtagsfraktion der CDU einen Antrag auf Beschleunigung des deutschen Wohnungsbauausganges ausgearbeitet, der dem Plenum zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll. Es heißt darin, daß die Landesregierung den Bund um Intensivierung des Wohnungsneubaus für die Angehörigen der Besatzungsmächte ersuchen möge, damit die Beschlagnahme weiteren deutschen Wohnraumes vermieden und die Zurückgabe der seit Jahren beschlagnahmten Privathäuser durchgeführt werden könne. Weiterhin heißt es in dem Antrag, die Besatzungsmächte sollten darauf gedrängt werden, den bisher in Anspruch genommenen Wohnraum durch engere Belegung besser auszunutzen und den rechtmäßigen Inhabern der vor Jahren beschlagnahmten Wohnungen zu erlauben, im gleichen Ausmaß bewegliches Inventar zurückzunehmen, wie dies bei Neubeschlagnahmungen in letzter Zeit der Fall sei.

A III 2 d Sonstige Gruppen**Skrupellose Methoden**

Eine etwas seltsame Methode Wählerstimmen zu ergattern hat der BHE in Neuburg/Donau angewendet. Die Ansprache des BHE-Geschäftsführer, K. Klant, auf einer kürzlich stattgefundenen Versammlung artete in eine wüste Hetze gegen die CSU aus. Als ein Versammlungsteilnehmer darauf hinwies, daß der BHE doch eine Vereinigung ohne weltanschauliche Grundlinie sei und warum dann ausgerechnet die CSU so maßlos angegriffen werde, erklärte der BHE-Geschäftsführer, daß alle Mittel recht wären, auch diejenigen Heimatvertriebenen für den BHE zu gewinnen, die noch der CSU angehörten. Dies sei die einzige Möglichkeit, bei den kommenden Landtagswahlen den Prozentsatz zu erreichen, der für den BHE unbedingt notwendig sei, um auch bei der Regierungsbildung mitwirken zu können.

A III 1 e KPD**Sträfling auf Urlaub**

Ein etwas seltsamer Vorfall gab dem Aachener CDU-Abgeordneten Dr. Hofmann Anlaß, sich in einer kleinen Anfrage an die Landesregierung zu beschweren. Dem wegen Urkundenfälschung, Untreue und passiver Bestechung im Amt zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilten ehemaligen Leiter der Aachener Preisbehörde, Wolfgang Franzen — seines Zeichens Kommunist — wurden 24 Stunden Urlaub aus dem Gefängnis gewährt, die er dazu benutzte, in die Ostzone zu fliehen. Er soll dort als Mitarbeiter im Informationsamt der Nationalen Front tätig sein. — Dr. Hofmanns Anfrage geht dahin, ob die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden seien und wie es möglich sei, daß ein Verurteilter, bei dem seit jeher Fluchtverdacht bestand, 24 Stunden ohne Aufsicht aus dem Gefängnis gelassen werde.

C d Junge Union**Feststellung**

Um Verwechslungen zu vermeiden, stellt der Landesverband der Jungen Union Nordbadens fest, daß Veröffentlichungen und Mitteilungen, die in der letzten Zeit unter dem Namen der Jungen Union Badens z. B. in der Südweststaatsfrage verbreitet wurden, vom Landesverband der Jungen Union Südbadens veranlaßt wurden.

Von „Union im Wahlkampf“ zur „Union in Deutschland“

Ich bitte Sie alle herzlich und dringend, diesem Informationsdienst Ihre größte Aufmerksamkeit zu schenken. Er soll Ihnen allen das geistige Rüstzeug geben, um das Hochziel in der kommenden Auseinandersetzung zu verwirklichen: die stärkste Fraktion im Bundestag zu werden.“ So hieß es in dem „Geisteswort“, das der damalige Präsident der Fraktion im Bundestag zu werden.“ So hieß es in dem „Geisteswort“, das der damalige Präsident des Wirtschaftsrates, Dr. Erich Köhler, der „Union im Wahlkampf“ widmete, als diese am 17. Mai 1949 erstmals den Weg zu den Vertrauensleuten und Rednern der CDU/CSU antrat. „Union im Wahlkampf“ sollte — diese Aufgabe hatte ihr das Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands gestellt — unseren Freunden in Stadt und Land ein Helfer sein, sollte ihnen die Argumente an die Hand geben, mit denen sie die notwendige Aufklärung ins Volk tragen konnten. In den Wochen vor und nach der ersten Bundestagswahl ging die „Union im Wahlkampf“ 29mal in einer Auflage von 25 000 Exemplaren in die Wohnungen und an die Arbeitsstätten unserer CDU/CSU-Freunde. Sie wurde einem dringenden Bedürfnis nach Aufklärung und Material gerecht und — es darf bei aller gebotenen Bescheidenheit festgestellt werden — sie hat ihre Aufgabe erfüllt. Noch heute verwahren wir mit Stolz die vielen, vielen Zuschriften, in denen unsere Freunde in den Wochen des Wahlkampfes ihre Zustimmung äußerten, Anregungen gaben und von sich aus neue Themen zur Diskussion stellten.

Dem ehrlichen Kampf war der Erfolg beschieden — die CDU/CSU wurde am 14. August 1949 zur stärksten Fraktion des Bundestages. Sie stellte den Bundeskanzler sowie den Großteil der Bundesminister und übernahm die Hauptlast der Verantwortung für die weitere Entwicklung der Geschichte der Bundesrepublik. Die „Union im Wahlkampf“ hatte ihre unmittelbare Aufgabe erfüllt, aber gerade die Wochen um die Bundestagswahl hatten bewiesen, daß ein Informationsdienst dieser Art für die praktische Arbeit unserer Vertrauensleute unumgänglich notwendig ist. Deshalb entschloß sich das Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands, die „Union im Wahlkampf“ ab 1. September 1949 durch die „Union in Deutschland“ ablösen zu lassen. Dieser Entschluß war von drei großen Gedanken getragen:

Das nach hartem Kampf Errungene zu wahren und es zum Kernstück unseres politischen Bewusstseins zu formen; das Band der geistigen Gemeinschaft zwischen Abgeordneten und Wählern, zwischen Geschäftsstellen und Mitgliedern zu festigen;

dem Gegner durch erhöhte Aktivität zu beweisen, daß unser Einsatz für die christliche Idee nicht ein Strohschiff war, sondern ein uns im Gewissen verpflichtendes Anliegen ist.

Nach Form und Inhalt sollte „Union in Deutschland“ eigene Wege gehen. Nicht theoretische Betrachtungen über das Grundsätzliche und Programatische sollten bei aller Wichtigkeit im Vordergrund stehen, sondern die Information sowie die Sammlung von Material, wie sie der aktive Vertrauensmann für seine Arbeit im Orts- und Kreisverband, in der kommunalpolitischen Arbeit, in der Werbung und in der Diskussion notwendig hat. Diesen Weg hat die „Union in Deutschland“ in dem seit ihrem ersten Erscheinen verflochtenen Jahr eingeschlagen und hat als offizielles Organ der CDU/CSU die von der „Union im Wahlkampf“ begonnene Tradition fortgesetzt und weiterentwickelt. Die technische Gestaltung unseres Informationsdienstes bringt es mit sich, daß der aktive Vertrauensmann und Funktionär mit ganz geringem Aufwand in den Besitz eines umfassenden und übersichtlich geordneten Materials gelangt. Dabei ist es ihm jederzeit möglich, ohne Zeitverlust sich über den augenblicklichen Stand der wichtigsten Fragen zu orientieren.

Die ununterbrochene Bereitstellung geistigen Rüstzeugs ist in der Zukunft zumindest von nicht geringerer Bedeutung als dies in der Vergangenheit der Fall war. Der erste Bundesparteitag in Goslar steht im Zeichen des organisatorischen Auf- und Ausbaues der gesamtdeutschen CDU. Die Schlagkraft unserer Organisation steht und fällt mit der Arbeit unserer Vertrauensleute und Funktionäre in Stadt und Land. Je eingehender sie über die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Tagesfragen informiert sind, um so intensiver können sie ihre politischen und organisatorischen Aufgaben erfüllen, um so nachhaltiger ihre Freunde und Mitglieder aufzuklären, um so erfolgreicher in der Diskussion die Irrtümer oder Entstellungen des politischen Gegners bekämpfen.

Deshalb wird „Union in Deutschland“ bemüht bleiben, den mit Erfolg eingeschlagenen Weg weiterzugehen und unablässig an der Ausgestaltung unseres parteiamtlichen Informationsdienstes zu arbeiten. Sie rechnet dabei auf die verstärkte Mitarbeit unserer Freunde in den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden sowie der Vertreter der CDU/CSU in den verschiedensten Körperschaften.

Die Wichtigkeit der Aufgabe, die „Union in Deutschland“ zu lösen hat, macht aber auch die weiteste Verbreitung unseres Informationsdienstes unter den Funktionären der CDU/CSU aller Länder, Kreise und Gemeinden der Bundesrepublik notwendig. Wir laden deshalb alle Vertrauensleute, Funktionäre und andere interessierte Parteifreunde zum Bezug der „Ud“ ein. Die Bedeutung unserer Aufgabe zwingt und die Zustimmung unserer bisherigen Bezieher berechtigt uns zu dieser Aufforderung. Der Bezugspreis von monatlich 1,63 DM bzw. 1,70 DM bei wöchentlich zweimaligem Erscheinen ist so niedrig gehalten, daß er wohl für jeden Funktionär erschwinglich ist. Unter Umständen wird man aber auch daran denken müssen, daß Ortsverbände der Fraktionen im Geiste der Gemeinschaft in Einzelfällen etwa auftretende finanzielle Schwierigkeiten beseitigen.

Wir bitten daher alle Vertrauensleute und Funktionäre der CDU/CSU, die bisher noch nicht Bezieher der „Union in Deutschland“ sind, in Gedanken an die uns alle verbindende Kraft des ersten Bundesparteitages der gesamtdeutschen CDU von tieferstehender Bezugserklärung Gebrauch zu machen.

Verlag und Redaktion „Union in Deutschland“

Hier abtrennen!

Bezugserklärung

Hierdurch bestelle(n) ich/wir ab 19.....
den Informationsdienst der CDU/CSU Deutschlands

„UNION IN DEUTSCHLAND“
Verlag Frankfurt a. M., Bettinastraße 64

zur laufenden Lieferung zum monatlichen Bezugspreis von
1. 1,30 DM zuzüglich 0,33 DM Postgebühren durch Posteinweisung oder
2. 1,30 DM zuzüglich 0,40 DM Porto für Kreuzbandzustellung.
(Nichtzutreffendes bitte streichen)

Die Sendung ist an folgende Anschrift zu richten:

Name Wohnort (Postleitzahl):

Straße und Hausnummer:

Besondere Vermerke des Bestellers (z. B. Werbenummer zu senden an):

..... den 19.....

(Unterschrift des Bestellers)

05.131901.130701115.20.70.151 0